

## **II. Deutsche Schuld und ostdeutsche Sühne: Vertreibungs-diskurs im Schatten der Zweiten Berlin-Krise**

Davon auszugehen, daß der erinnerungskulturelle Stellenwert der „Vertreibung aus dem Osten“ nur im Kontext grundsätzlicher Schwierigkeiten der Deutschen zu ermitteln ist, nach 1945 ein angemessenes Verhältnis zu ihrer jüngsten Vergangenheit zu finden, dürfte kaum auf Widerspruch stoßen. Wir folgen damit einem Gedanken, den etwa Peter Graf Kielmansegg in seiner Analyse der „langen [braunen] Schatten“ nach 1945 geäußert hat: Trotz aller staatlichen und medialen Bemühungen um die „Bewältigung“ der NS-Katastrophe hätten die Deutschen nach dem Krieg in der privaten Sphäre eine „Gefühlsbeteiligung“ an den fremden, aber in gewisser Weise auch an den eigenen Opfern vermieden und versucht, eine „neue, geschichtslose Identität zu finden“<sup>1</sup>. Gehörte dazu, so ließe sich weiter fragen, auch die „Verdrängung“ des auf so enge Weise mit den letzten Kapiteln des Dritten Reiches, mit Flucht und Vertreibung verknüpften deutschen Ostens, in dessen unmittelbarer räumlicher Nachbarschaft, in Auschwitz, Majdanek und Treblinka, kurz zuvor der Holocaust verübt worden war? Haben die Deutschen aus Scham über die Verbrechen des NS-Regimes die ebenso nachvollziehbare wie problematische Unterlassung begangen, um den Verlust des Ostens zu trauern, „darum, daß eine bedeutende Spur ihrer Geschichte ausgelöscht, ein Kernstück des deutsch geprägten mitteleuropäischen Kulturaumes für immer zerstört ist?“<sup>2</sup>

Jedenfalls ist unübersehbar, daß nach einer noch vergleichsweise breiten wissenschaftlichen und öffentlichen Beschäftigung mit Flucht und Vertreibung in den 1950er Jahren – vor allem durch das regierungsmäßig geförderte Projekt der „Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa“ (1953–1962) unter der Leitung Theodor Schieders<sup>3</sup> – dieses Thema um 1960 „in ein Abhängigkeitsverhältnis“<sup>4</sup> mit der Auseinandersetzung um die NS-Verbrechen geriet und sich dabei die Gewichte verschoben. Zwar hatte die Auseinandersetzung mit der Erblast des Dritten Reiches die Bundesrepublik prinzipiell seit ihrer Gründung beschäftigt und beschäftigen müssen; doch war das Thema infolge von Wiederaufbau, Westintegration und Wiederbewaffnung in der politischen Prioritätenskala im Laufe der 1950er Jahre nach hinten gerutscht. Nunmehr rückte es – nachdem Skandale der „Vergangenheitsbewältigung“ vor allem um den ehemaligen Buchenwalder KZ-Arzt Hans Eisele bzw. den Ulmer Einsatzgruppenprozeß erhebliche Mängel bei der justitiellen Ahndung von NS-Verbrechen aufgezeigt hatten – mit der Einrichtung der Ludwigsburger Zentralen Stelle Ende 1958 wieder nach vorne, und dies sogar weiter als je zuvor. Dafür gab es im wesentlichen zwei Gründe. Zum einen nahm sich innenpolitisch die Gesellschaft der Bundesrepublik in den Jahren nach Erreichen der politischen und militärischen Westintegration, dem Ende des Besatzungsstatuts und

<sup>1</sup> Kielmansegg, Lange Schatten, S. 68. Auf den Kontext hingewiesen hat auch Mathias Beer; vgl. seinen Diskussionsbeitrag in: Bingen/Borodziej/Troebst, Vertreibungen europäisch erinnern, S. 273.

<sup>2</sup> Kielmansegg, Lange Schatten, S. 69.

<sup>3</sup> Beer, Im Spannungsfeld.

<sup>4</sup> Mathias Beer, in: Bingen/Borodziej/Troebst, Vertreibungen europäisch erinnern, S. 273.

## 14 II. Deutsche Schuld und ostdeutsche Sühne

den ersten Erfolgen des Wiederaufbaus mehr und mehr als gefestigt wahr<sup>5</sup>; außenpolitisch aber wurde der erinnerungskulturelle Paradigmenwechsel paradoxerweise bald dadurch forciert, daß die Bundesrepublik nach dem Berlin-Ultimatum Chruschtschows in die schwerste Krise seit 1949 geriet und – bei schwindendem Rückhalt an den zunehmend Détente-orientierten Schutzmächten – mit dem Rücken zur Wand um die Freiheit Westberlins und die damit zusammenhängenden Rechtspositionen in der deutschen Frage kämpfte<sup>6</sup>. Nach den spektakulären Hakenkreuzschmierereien an der Kölner Synagoge in der Christnacht 1959 und Kommentaren in der westlichen Presse, es lohne nicht, zwischen Deutschen und Nazis zu unterscheiden, ließ sich der britische Premierminister Harold Macmillan sogar von der Idee seines Außenministers Selwyn Lloyd begeistern, den in der Berlin-Frage so hartnäckig auf völkerrechtlichen Formeln pochenden Adenauer weiter in Verlegenheit zu bringen: Der Bundesrepublik sollte in einer konzertierten Aktion mit den amerikanischen und französischen Verbündeten klar gemacht werden, daß die nazistischen „Infektionsherde“ zu beseitigen seien. Adenauer müsse also vor allem Kanzlerberater Hans Globke, die Minister Gerhard Schröder, Theodor Oberländer und Hans-Christoph Seeböhm sowie NS-belastete Richter und Polizisten aus dem Verkehr ziehen<sup>7</sup>.

Auch ohne von diesen internen, schließlich an den beiden anderen Westmächten scheiternden Überlegungen zu wissen, stellte sich in der Bundesrepublik damals schockartig die Erkenntnis ein, es werde „lange dauern, ehe der Schatten der Gaskammern von unserem Land weicht“<sup>8</sup>. Die schon in den Jahren vor den Kölner Schmierereien wegen vorhandener Defizite bundesdeutscher Erinnerungskultur zunehmend in die Kritik geratenen Institutionen des Staates – von der Politik über die Justiz bis zu den (Hoch-)Schulen – sahen sich in dieser Lage veranlaßt, ihre bisherigen Bemühungen um die „Vergangenheitsbewältigung“ noch sehr viel mehr zu verstärken. Dies betraf vor allem die von den Kultusministern der Länder 1960 beschlossenen politisch-pädagogischen Anstrengungen zur vermehrten Aufklärung über die NS-Zeit an den Schulen und Universitäten durch abermals verbesserte Lehrpläne, neue Professuren etc. Bald darauf folgten vielbeachtete NS-Prozesse vor allem gegen die Auschwitz-Mörder (ab 1963) in Frankfurt<sup>9</sup>.

Mit der Vertreibung aus dem Osten standen diese Entwicklungen der NS-„Vergangenheitsbewältigung“ schon insofern in Zusammenhang, als es sich bei den wegen ihrer Biographien im Dritten Reich zunehmend auch in der westdeutschen Öffentlichkeit kritiserten Bundesministern für Verkehr bzw. Vertriebenenfragen, Seeböhm und Oberländer, um prominente „Ostdeutsche“ handelte. Der im thüringischen Meiningen geborene Oberländer war nach 1933 beruflich u. a. in Königsberg führend in der deutschen Volkstumsarbeit tätig gewesen. Seeböhm, ein gebürtiger Oberschlesier<sup>10</sup>, war im Egerland aufgewachsen,

<sup>5</sup> Vgl. Herbert, Best, S. 493.

<sup>6</sup> Wie „tiefgreifend“ die Bedrohung Berlins „auch die innenpolitische Landschaft ... umgestaltet“ hat, analysiert Schwarz, Die Ära Adenauer (Zitat S. 80).

<sup>7</sup> Zwar erwog man zumindest in Washington, den Bundeskanzler auf das Problem der Belasteten anzusprechen, doch letztlich zeigten sich Londons Alliierte nicht geneigt, den englischen Vorstoß aufzugreifen, zumal die Deutschen bald selbst daran gingen, die nötigen Schritte in die Wege zu leiten. Brochhagen, Nach Nürnberg, S. 302 ff., 308, 311 ff.

<sup>8</sup> Christ und Welt, 28. Januar 1960.

<sup>9</sup> In dieser Zeit (1961) fand zudem der spektakuläre Eichmann-Prozeß in Jerusalem statt.

<sup>10</sup> Vgl. auch Kempf/Merz, Kanzler und Minister, S. 654–658; Mursch/Simon, Hans-Christoph Seeböhm.

hatte während des Dritten Reiches als Dr.-Ing. im Bergbau gearbeitet und nach 1945 bei der eigentlich eher „vertriebenenfeindlichen Welfenpartei“ in Niedersachsen politisch angedockt: Von daher – und von seiner anfänglichen Skepsis gegenüber dem Lastenausgleich – röhrt auch die Einschätzung, daß es „mit der Vertriebeneneigenschaft von Seeböhm so eine Sache“ war<sup>11</sup>. Allerdings wäre der 1949 bestallte Bundesverkehrsminister bei grundsätzlichen Zweifeln an seiner vertriebenenpolitischen Glaubwürdigkeit von Lodgeman von Auen, dem großen alten Mann der Sudetendeutschen, 1950 wohl kaum für den Bundesvorstand der Sudetendeutschen Landsmannschaft (SL) vorgeschlagen worden. Seit 1958 SL-Sprecher, sorgte der – bis 1960 der rechtskonservativen Deutschen Partei angehörende – Seeböhm während der 1950er Jahre mit markigen deutschnationalen Äußerungen periodisch für Aufregung. Nachdem er die 54 sudetendeutschen Opfer der blutig niedergeschlagenen Demonstration für das Selbstbestimmungsrecht vom 4. März 1919 als ein „Glied in jener Kette der Ereignisse“ benannt hatte, „die zum Zweiten Weltkrieg führten“, warf ihm der Tübinger Ordinarius Theodor Eschenburg in der *Zeit* Nationalismus vor; die sowjetische *Literaturnaja Gazeta* sah zudem die Chance, aus der von einer monatelangen Leserbriefdiskussion in der *Zeit* und weiteren öffentlichen Angriffen etwa in der *Frankfurter Rundschau* begleiteten Kontroverse einen „Fall“ zu machen. Der Vorwurf, Seeböhm habe an der Arisierung und Enteignung jüdischen Vermögens in der Tschechoslowakei teilgenommen und enge Beziehungen zu Hermann Göring unterhalten, war allerdings – aus vertriebenenkritischer Sicht – zu schön, um wahr zu sein. Im Herbst 1960 stellte sich heraus, daß hier eine – wohl bewußte – Verwechslung mit einem entfernten Vetter des Ministers, Berthold Seeböhm, vorlag<sup>12</sup>.

Dagegen mußte mit Oberländer im April 1960 erstmals ein „ostdeutscher“ Bundesminister zurücktreten, der sich Vorwürfen wegen seines Verhaltens in der Zeit des Nationalsozialismus ausgesetzt sah. Die Ambivalenzen und Widersprüche seiner Vergangenheit hatte Adenauer in unnachahmlicher Prägnanz auf die Formel gebracht: „Er war einer von den Anständigeren – nicht von den Anständigen“<sup>13</sup>. Seit 1953 wußte man um die biographischen Stationen des vom Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE) zur CDU gewechselten Vertriebenenpolitikers, der als Achtzehnjähriger mit Hitler auf die Feldherrnhalle marschiert war und vor allem – fälschlicherweise – verdächtigt wurde, später mit dem „Bataillon Nachtigall“ an NS-Gewaltverbrechen in Lemberg beteiligt gewesen zu sein, der aber auch immer wieder mit den Machthabern des Dritten Reiches in Konflikt geraten war. Jetzt schien er – vom obersten Gericht der DDR in einem weltweit beachteten Schauprozess in absentia zum Tode verurteilt – als Minister nicht mehr tragbar. Die gegenwärtige Distanzierung von der NS-Ideologie, die seit Gründung der Bundesrepublik zu den konstitutiven Merkmalen der neuen Demokratie gezählt hatte, reichte nun offensichtlich nicht mehr aus, vielmehr forderte die Öffentlichkeit darüber hinaus Distanzierung von moralisch fragwürdigen NS-Vergangenheiten ein. Kaum war Oberländer zurückgetreten, machten sich auch schon – vom Bund der Steuerzahler bis in die Presse hinein – Stimmen vernehmbar, das Vertriebenenministerium gleich ganz aufzulassen oder die personelle „Verlegenheitslösung“ der Ernennung des DP-Politikers Hans-Joachim von Merkatz

<sup>11</sup> Stickler, Ostdeutsch, S. 291.

<sup>12</sup> Vgl. Bulletin der Bundesregierung, 27. September 1960, S. 1751; Keesings Archiv der Gegenwart, 25./26. September 1960, S. 8469; DOD, Nr. 31, 1960, S. 2 f.; Kittel, Die Legende, S. 77 f., 84, 252.

<sup>13</sup> Wachs, Der Fall Theodor Oberländer, S. 497.

## 16 II. Deutsche Schuld und ostdeutsche Sühne

zum Nachfolger Oberländers als Vorstufe einer spätestens nach der Bundestagswahl 1961 erfolgenden Suspendierung des Hauses zu sehen<sup>14</sup>.

Vertieft wurde der fahle Nachgeschmack, den die Causa Oberländer hinterließ, noch dadurch, daß der nach dem Rücktritt Adenauers vom Kanzleramt im Herbst 1963 zum Vertriebenenminister ernannte erste Vorsitzende des BdV, Hans Krüger<sup>15</sup>, erinnerungspolitisch ebenfalls rasch unter Beschuß geriet. Dies war um so fataler, als Krügers Wiederwahl zum BdV-Vorsitzenden Anfang 1960 in einer Kampfabstimmung gegen den Oberschlesier Otto Ullitz weithin als Sieg der besonnenen Kräfte gegen radikale Strömungen innerhalb des Verbandes gewertet worden war, die über die Grenzen von 1937 hinausgingen und obendrein die deutsch-polnische Grenzziehung nach dem Ersten Weltkrieg in Frage stellten<sup>16</sup>. Krüger, der schon vom Habitus her nicht dem Bild des vom Vertreibungsschicksal gramgebeugten, kantigen BdV-Politikers entsprach<sup>17</sup>, hatte etwa in einer Rede vor dem Verband Heimatvertriebener und Geflüchteter Deutscher Studenten den brillanten, von der Weimarer Rechten einst verfemten, DDP-nahen jüdischen Minister Walther Rathenau als eines der stärksten Vorbilder für die heutige junge Generation herausgestellt<sup>18</sup>.

Um dagegen zu beweisen, daß jüngste Sprengstoffattentate an der Berliner Mauer und in Südtirol gleichsam im Zuge einer großdeutschen Verschwörung „in direktem Auftrag der Bonner Minister Seeböhm und Krüger“ geschehen seien, startete Pankow im Herbst 1963 – in Mailand hatte im Oktober der weltweit beachtete Prozeß um die radikalen Verfechter des Südtiroler Selbstbestimmungsrechts begonnen – eine neue Kampagne gegen „Funktionäre“ der Landsmannschaften und deren „Nazi-Verbrechen“<sup>19</sup>. Zwar wurde Krüger nach Vorwürfen wegen seiner Tätigkeit im westpreußischen Konitz, wo er während des Krieges als Vertreter eines Beisitzers dem dortigen Sondergericht zugewiesen war, von einigen Entlastungszeugen brieflich bestätigt, daß dort damals kein Terror geherrscht habe; dennoch sah sich der Minister im Januar 1964 zum Rücktritt veranlaßt, nachdem die Staatsanwaltschaft Bonn Material aus der Sowjetzone erhalten und der Minister einige „Erinnerungslücken“ nur scheibchenweise zu füllen vermocht hatte. So stellte sich peinlicherweise heraus, daß Krüger für die – falsche – Behauptung Pankows, er sei 1923 am Hitlerputsch beteiligt gewesen, indirekt selbst verantwortlich zeichnete; denn er hatte während des Dritten Reiches in einem Personalbogen eine solche, potentiell karrierefördernde

<sup>14</sup> Vgl. Der Spiegel, Nr. 27, 1960, S. 21 f., Nr. 30, 1960, S. 7, sowie den Pressespiegel im DOD, Nr. 46, 1960, S. 6. Die u. a. in der *Süddeutschen Zeitung* angemahnte Auflösung des Hauses wurde dann nach den Bundestagswahlen 1961 abermals zum Thema. Vgl. Der Spiegel, Nr. 48, 1961, S. 29.

<sup>15</sup> Zwischen 1961 und 1963 hatte der FDP-Politiker Wolfgang Mischnik das Amt innegehabt.

<sup>16</sup> Vgl. den Pressespiegel im DOD, Nr. 8, 1960, S. 7. Zum Werdegang Krügers siehe Kempf/Merz, Kanzler und Minister, S. 392 ff., sowie den Artikel über Krüger in: Deutsche Biographische Enzyklopädie, Bd. 6, S. 122; Stickler, Ostdeutsch, S. 96, 205.

<sup>17</sup> Krüger war, so das von Stickler, Ostdeutsch, S. 96, gezeichnete Profil, „ein weicher Typus ohne Charisma“. Ein CSU-Bundestagsabgeordneter äußerte sich über den CDU-Kollegen Krüger abfällig: Dieser sei nicht das „Land des Lächelns“, sondern das „Lächeln des Landes“. Ebd., S. 204.

<sup>18</sup> DOD, Nr. 9, 1960, S. 4.

<sup>19</sup> DOD, Nr. 51, 1963, S. 3. Ausgangspunkt der – im Mailänder Prozeß 1963/64 nicht zu belegenden – SED-Verschwörungstheorie waren die Mitgliedschaft des aus Böhmen stammenden Generalsekretärs der Südtiroler Volkspartei, Hans Stanek, in der Sudetendeutschen Landsmannschaft, sowie die Verbindungen der SI zu dem in München ansässigen „Kulturwerk für Südtirol“. Lill, Völkerfreundschaft im Kalten Krieg, S. 157. Zu Seeböhm als Zielobjekt des DDR-Ministerium für Staatssicherheit: Knabe, Die unterwanderte Republik, S. 27, 125. Vgl. auch Lemke, Kampagnen gegen Bonn.

Angabe gemacht. Tatsache aber war, daß der Minister, Parteigenosse seit 1933, zumindest einige Monate lang im Jahr 1943 als Ortsgruppenleiter der NSDAP in Konitz fungiert und wie Oberländer dem antislawisch gesinnten „Bund deutscher Osten“ angehört hatte<sup>20</sup>.

In der zweiten Reihe der Vertriebenenpolitiker, die zumindest nicht im Rampenlicht eines Staatsamtes standen, sondern lediglich führende Funktionen innerhalb eines Verbands innehatten, konnte sich der Prototyp des „häßlichen“, mehr oder weniger angebräunt wirkenden Ostdeutschen leichter halten. Beispielhaft genannt seien nur der Baltendeutsche Axel de Vries, 1950 bis 1952 (geschäftsführender) Vorsitzender der Vereinigten Ostdeutschen Landsmannschaften und seit 1962 erster Sprecher der Deutsch-Baltischen Landsmannschaft<sup>21</sup>. Der 1953 auch kurzzeitig für die FDP dem Bundestag angehörende Vertriebenenpolitiker hatte Ende 1941 im besetzten Weißrussland als landwirtschaftlicher Sonderführer in der Wirtschaftsinspektion Mitte die Juden als „Rückgrat“ der Partisanen und „Todfeinde“ der Deutschen ausgemacht und vorgeschlagen: „Sie müssen restlos vernichtet werden [...]“<sup>22</sup>. Als weiteres Beispiel läßt sich Krügers BdV-interner Gegenkandidat von 1960, der langjährige Vorsitzende der oberschlesischen Landsmannschaft Ulitz<sup>23</sup> anführen. Der in Kattowitz aufgewachsene Ulitz (Jahrgang 1885) hatte bereits während der Zwischenkriegszeit zu den führenden Politikern der deutschen Volksgruppe in Polen gezählt. 1939 „soll er an den Vorbereitungen für den fingierten“, den Vorwand zum Krieg gegen Polen liefernden Schein-Anschlag auf den Sender Gleiwitz „beteiligt gewesen sein“<sup>24</sup>. Obschon nicht Mitglied der NSDAP, zeichneten ihn die Nationalsozialisten wegen seiner Verdienste um die deutsche Volksgruppe in Oberschlesien mit dem Goldenen Parteibadge aus. Nach 1945 lange Jahre in polnischen und sowjetzonalen Gefängnissen, wurde Ulitz 1952 in die Bundesrepublik entlassen, wo er schon 1953 zum Sprecher der Oberschlesier avancierte und dezidiert rechtskonservative Positionen vertrat. Als 1964 ein junges Mitglied der Landsmannschaft sich mit der Frage an den BdV-Präsidenten Wenzel Jaksch wandte, ob ein Mann vom Schlag eines Ulitz nach den Fällen Oberländer und Krüger noch tragbar sei, nahm dieser den Angegriffenen in Schutz. Selbst die polnischen Machthaber hätten Ulitz keine Verfehlung nachweisen können; zudem könne sich die Nachkriegsgeneration schwer ein Urteil darüber bilden, „in welchen Verstrickungen die Grenzlanddeutschen nach dem Ersten Weltkrieg und in der Zeit des Dritten Reiches gestanden“ seien. Die „Ungeprüften“ sollten sich daher mit Urteilen über solche Männer zurückhalten, „bis sie selbst ähnliche Bewährungsproben bestanden haben“<sup>25</sup>.

Obendrein gab es auch eine ganze Reihe von Gegenbeispielen zum Typus des „häßlichen“, in den Braubüchern der DDR auftauchenden Vertriebenenpolitikers; erwähnt seien nur Jaksch selbst, der als Sozialdemokrat 1938 vor den Nationalsozialisten nach London geflohen und 1945 dann gleichsam zum zweiten Mal vertrieben worden war<sup>26</sup>, oder der erste Vertriebenenminister der Bundesrepublik Deutschland, Hans Lukaschek<sup>27</sup>, der

<sup>20</sup> Der Spiegel, Nr. 1/2, 1964, S. 20; Nr. 4, 1964, S. 19 f.; DOD, Nr. 5, 1964, S. 6.

<sup>21</sup> Stickler, Ostdeutsch, S. 39.

<sup>22</sup> Gerlach, Kalkulierte Morde, S. 686.

<sup>23</sup> Webersinn, Otto Ulitz; vgl. auch Georg Herdes Attacke auf die „Symbol-Figur“ Ulitz anlässlich von dessen 80. Geburtstag: Neue Kommentare, Nr. 23–24/1965, S. 11–13.

<sup>24</sup> Stickler, Ostdeutsch, S. 322.

<sup>25</sup> Zit. nach dem Nachlaß Jaksch bei Stickler, Ostdeutsch, S. 323.

<sup>26</sup> Bachstein, Wenzel Jaksch; Martin, „... nicht spurlos aus der Geschichte verschwinden“.

<sup>27</sup> Kempf/Merz, Kanzler und Minister, S. 459–461; Abmeier, Hans Lukaschek.

vor 1933 Oberpräsident der Provinz Oberschlesien gewesen war. Nach der NS-Machtergreifung als katholischer Zentrumsmann aus dem Amt verdrängt, hatte Lukaschek als Rechtsanwalt in Breslau gearbeitet, sich dem aktiven Widerstand des Kreisauer Kreises angeschlossen und nach dem 20. Juli 1944 Haft und Folter überlebt. Aber Männer wie Lukaschek, dessen Vertrauensbasis bei den Vertriebenen bis 1953 rasch schmäler wurde, weil er als Minister längst nicht alle ihre materiellen Wünsche erfüllen konnte, prägten das Image der Vertriebenenpolitiker doch weniger als die Oberländer und Seebohms, auch wenn rein statistisch gesehen der Anteil nationalsozialistisch wirklich belasteter Personen „in den Spitzenpositionen der Vertriebenenverbände“ – zumindest nach dem Befund von Matthias Stickler – „keineswegs überdurchschnittlich hoch war“<sup>28</sup>.

Erinnerungskulturell zeitigten vor allem die spektakulären Ministerrücktritte erhebliche Konsequenzen: Sie lieferten lebendiges Anschauungsmaterial zu der von den bundesdeutschen Stammtischen bis hin zu intellektuellen Kreisen in unterschiedlicher Form anzutreffenden These von einer besonderen Schuld der Ostdeutschen am Erfolg des Nationalsozialismus. Zwar hatten die Ostgebiete vor 1933 lange nicht zu den Hochburgen der NSDAP gezählt, aber – vom katholischen Ermland und von Oberschlesien abgesehen – doch zumindest zu den Bastionen der DNVP; nur im Sudetenland waren die rechten Parteien bis 1935 noch relativ schwach geblieben. Daß es trotz der Steigbügeldienste des DNVP-Vorsitzenden Alfred Hugenberg für Hitler entscheidende Unterschiede zwischen der nationalkonservativen DNVP und der nationalistisch-revolutionären NSDAP gab und daß vor allem die besondere Notlage der Grenzlanddeutschen diese für extrem rechte Parteien besonders ansprechbar hatte werden lassen, gewann im politischen Urteil über die vertriebenen Ostdeutschen kaum differenzierende Bedeutung. Vielmehr wurden sie nach 1945 seitens alteingesessener Westdeutscher „neben anderen Geschmacklosigkeiten“ immer wieder mit der Ansicht konfrontiert: „Das sind doch die größten Nazis gewesen!“. Verstärkt worden war dieses Vorurteil noch dadurch, daß es auch „die Eigenart mancher Autoren und Drehbuchschreiber“ war, sich „den parteifrommen Nazi [...] als typischen Ostdeutschen vorzustellen“<sup>29</sup>. So mußte etwa in der TV-Verfilmung des Erfolgsromans von Hans Scholz „Am grünen Strand der Spree“<sup>30</sup> anno 1960 wieder einmal ein Unteroffizier, der auf den eindeutig ostdeutsch klingenden Namen Jaletzki hörte, als übelste und simpelste Figur des Stücks herhalten. (In der ersten Folge der Fernsehproduktion war in erschütternden Bildern die Erschießung von Juden durch SS-Einheiten gezeigt worden.)<sup>31</sup>

Intellektuell gewendet begegnete man dem Theorem spezifisch ostdeutscher Schuld etwa im Geschichtsbild des viel gelesenen englischen Universalhistorikers Arnold Toynbee, der schon 1950 in einem offenen Brief seiner Erwartung Ausdruck gab, daß die Vertreibung eine Verwestlichung des Ostdeutschtums zur Folge haben werde. Danach war der deutsche Westen ein Hort der Demokratie und des freiheitlichen Denkens, der deutsche Osten dagegen das Land des nationalistisch-militaristisch-preußischen Herrenmenschenstums. Führende Historiker wie der ehemalige Königsberger Ordinarius Hans Rothfels

<sup>28</sup> Stickler, Ostdeutsch, S. 320; zu ganz anderen Ergebnissen gelangte dagegen jüngst *Der Spiegel*, Nr. 33, 2006, S. 46–48.

<sup>29</sup> So der DOD, Nr. 14, 1960, S. 5.

<sup>30</sup> Scholz, Am grünen Strand der Spree (1955); zur Biographie von Scholz: Deutsche Biographische Enzyklopädie, Bd. 9, S. 109.

<sup>31</sup> Vgl. Classen, Bilder der Vergangenheit, S. 88, 115 ff., 157 ff.

haben dem entschieden widersprochen; sie verwiesen auf die gemeinsame abendländische Wurzel von ost- und westdeutscher Kultur sowie darauf, daß vieles, was als preußisch verächtlich gemacht werde, gerade „ein Ausfluß nationalistisch-rationalistischer Denkweise des Westens“ sei<sup>32</sup>. Noch vehemente als renommierte Fachhistoriker machten die Vertriebenenverbände gegen das Vorurteil spezifisch ostdeutscher Schuld Front, nicht nur, indem sie jedes Indiz wie einen Strohhalm aufgriffen, das etwa den Anteil ostelbischer Großagrarier am Sturz der Regierung Brüning 1932 differenzierte oder besser noch, den „ostelbischen Dolchstob“ gleich ganz als „Legende“ zurückwies<sup>33</sup>; sondern notfalls auch mittels der Replik, Adolf Hitler und die Schar seiner wichtigsten Paladine seien weder Preußen noch Ostdeutsche gewesen. Die Ostdeutschen entsännen sich vielmehr „noch sehr gut, wie zahlreich sie im Tausendjährigen Reich für einige Jahre mit wackeren Bajuwaren, Westfalen, Rheinländern, Hannoveranern und Alemannen als Gauleiter, Oberführer, Regierungspräsidenten beglückt wurden“. Zwar seien unter den „wackersten alten Kämpfern auch Jaletzkis“ gewesen, doch eben „nicht weniger als anderswo und auch nicht mehr“<sup>34</sup>.

Mit derartigen Argumenten wurde im gesellschaftlichen Klima der frühen 1960er Jahre mancherorts nur mehr schwache Wirkung erzielt. Dies zeigte besonders deutlich ein Artikel in einer PR-Zeitung der Ruhrindustrie, der sich über das west-ostdeutsche Patenschaftswesen zwischen Bochum (Patenschaft über Neidenburg) und Bottrop (Patenschaft über Gleiwitz) ausließ. Der Zweite Weltkrieg, so lautete der Tenor des Kommentars, habe in Gleiwitz begonnen, „und wenn die Gleiwitzer heute vertrieben sind, dann sollten sie sich mit samt den Millionen Schicksalsgefährten an die Brust schlagen und in den westdeutschen Patenstädten Schuldstuben einrichten statt Heimatstuben!“<sup>35</sup>. Der Topos von der ostdeutschen Spezialschuld floß wohl zumindest implizit in eine – sehr viel ernster zu nehmende – Argumentation ein, wonach die kollektive Verantwortung der Deutschen für die verbrecherische Ostpolitik der Nationalsozialisten den Verzicht auf die ehemals deutschen Siedlungsgebiete begründe. „Einer muß die Zeche zahlen“<sup>36</sup>, lautete die – etwa in einer Jugendfunk-Diskussion von Radio Bremen zu hörende – Standardformel, die den Ostdeutschen zwar nicht explizit eine Sonderschuld am Dritten Reich, aber doch einfach besonderes Pech attestierte, weil sie aufgrund der geographischen Lage ihrer Heimat sozusagen stellvertretend für das schuldig gewordene deutsche Volk zu büßen und eine besonders schwere Last zu tragen hätten. Auf dieser Argumentationslinie bewegte sich auch der Moderator der ARD-Sendung „Hallo Nachbarn“, Richard Münch, als er studentischen Protest gegen einen Gedenkwegweiser nach ostdeutschen Städten 1965 mit den Worten kommentierte: Alle deutschen Städte sollten solche Wegweiser aufstellen, doch

<sup>32</sup> DOD, Nr. 48, 1960, S. 1 f. Vgl. auch Rothfels, Ostdeutschland und die abendländische politische Tradition.

<sup>33</sup> DOD, Nr. 48, 1960, S. 5: „Wer stürzte Brüning“; Nr. 4, 1963, S. 7 (Zitat). Vgl. auch die in diesen Jahren entstandene, 1966 abgeschlossene Dissertation von Fiederlein, Der Deutsche Osten und die Regierungen Brüning, Papen und Schleicher.

<sup>34</sup> DOD, Nr. 14, 1960, S. 5.

<sup>35</sup> Der Artikel der Zeitschrift „Ruhrgebiet“ erhielt durch einen wohlwollenden Bericht des „Informationsdienstes Ruhr“, der ansonsten Nachrichten verschiedener Stadtverwaltungen und des Siedlungsverbandes Ruhrkohlenbezirk verbreitete, breitere Publizität. DOD, Nr. 4, 1962, S. 4.

<sup>36</sup> Das Thema der am 7. Dezember 1960 ausgestrahlten Sendung lautete: „Was ist des Deutschen Vaterland?“. DOD, Nr. 51/52, 1960, S. 6.

## 20 II. Deutsche Schuld und ostdeutsche Sühne

sollten sie „gleich die Namen Auschwitz, Treblinka und Lidice mit hinzuschreiben“, denn dann werde sogleich jeder begreifen, „warum er diese deutschen Städte nicht mehr besuchen kann“<sup>37</sup>.

Zu den prominentesten Vertretern ähnlicher Überzeugungen zählte neben dem WDR-Intendanten Klaus von Bismarck<sup>38</sup>, dem Physiker Carl Friedrich von Weizsäcker oder dem Publizisten Sebastian Haffner<sup>39</sup> auch Golo Mann<sup>40</sup>. Dieser war davon überzeugt, es sei Aufgabe der Professoren, die öffentliche Meinung für den Verzicht auf die Ostgebiete reif zu machen, „weil das die Bundesregierung und die Parteien noch nicht tun könnten“.<sup>41</sup> Im September 1961 stellte er einen Aufsatz für die *Zeit* unter die Überschrift: „Die Rechnung für den verlorenen Krieg“<sup>42</sup>. Zwar ließ der Stuttgarter Professor keinen Zweifel daran, daß die Vertreibung ein nicht zu rechtfertigendes Verbrechen darstelle und die Polen besser auf Rache verzichtet hätten; doch wolle man nicht aufs neue das „Teufelsrad von Rache und Vergeltung“ in Gang setzen, dann müsse Deutschland auf die Ostgebiete verzichten<sup>43</sup>. Zu der Position des Historikers gehörte auch der idealistische Vorschlag, Polen solle es zumindest einer bestimmten Zahl Deutscher ermöglichen, unter Annahme der polnischen Staatsbürgerschaft in die alte Heimat zurückzukehren. Die BdV-Presse beließ es daraufhin nicht dabei, Golo Mann an die „halkyonischen Tage“ zu erinnern, die er mit seinen Eltern und Geschwistern in den letzten Weimarer Jahren im Sommerhaus auf der Kurischen Nehrung in Nidden verlebt hatte<sup>44</sup>, sondern verdammte ihn in Bausch und Bogen als Professor, der glaube, seinem „Vaterland in den Rücken fallen zu können“<sup>45</sup>. Tatsächlich aber war unübersehbar, wie wenig Mann einseitige historische Schuldzuschreibungen an die deutsche Seite für angemessen hielt. Die Polen, so meinte er, seien auch „keine Engel“; schon in der Teilungszeit seien sie eine „schwache, amorphe, chaotische Nation“ gewesen und in der Gegenwart selbst nicht frei von „Großmannssucht“ und imperialen Gelüsten<sup>46</sup>.

<sup>37</sup> DOD, Nr. 8, 1965, S. 6. Die Satire-Sendung „Hallo Nachbarn“ war bei Vertriebenen damit nicht zum ersten Mal auf scharfe Kritik gestoßen. Vgl. etwa den Protestbrief gegen eine Persiflage der Nationalhymne in BAK B 145/1336 (Eberhard Paluschitzik, Wiesbaden, 17. April 1964, an Richard Münch, NDR). Vgl. auch den Kommentar über die Schwierigkeiten der Deutschen mit der Satire im allgemeinen, mit der „Hallo-Nachbarn-Brisanz“ im besonderen, in: Die Welt, 13. November 1965.

<sup>38</sup> Klaus von Bismarck war ein Bruder Philipp von Bismarcks, des Sprechers der Pommerschen Landsmannschaft, auf den man – nach dem kritischen Urteil des langjährigen BdV-Präsidenten Czaja, Unterwegs, S. 570 – „bei schwierigen politischen Entscheidungen nicht rechnen konnte“. Die früh auf Versöhnung mit Polen setzende pommersche Seitenlinie der Verwandten des Reichskanzlers unterstützte z. B. eine polnische Stiftung auf ihrem früheren Gut in Kühl.

<sup>39</sup> Vgl. etwa dessen Artikel „Polen ist Mode geworden“, in: Christ und Welt, 10. März 1961.

<sup>40</sup> Vgl. Bender, Neue Ostpolitik, S. 118.

<sup>41</sup> Stickler, Ostdeutsch, S. 106.

<sup>42</sup> Golo Mann, Die Rechnung für den verlorenen Krieg. Grenzen und Möglichkeiten der neuen deutschen Außenpolitik, in: Die Zeit, 22. September 1961. Zu Manns ostpolitischen Aktivitäten vgl. Butterli, Golo Mann – Instanz und Außenseiter, v. a. S. 285–302, sowie Jonas, Golo Mann – Leben und Werk, dort besonders S. 219 ff. (mit diverser Literatur zu Reaktionen Heimatvertriebener auf Äußerungen Golo Manns).

<sup>43</sup> So Mann bei einer vom ASTA organisierten Diskussion mit Wenzel Jaksch an der Stuttgarter TH. DOD, Nr. 25/26, 1964, S. 7.

<sup>44</sup> „Erinnern Sie sich ..., wenn Sie in Mondscheinnächten mit den Kurenfischern aufs Haff segelten ...“. DOD, Kulturdienst, Nr. 19/20, 1964, S. 4.

<sup>45</sup> DOD, Nr. 40, 1961, S. 2. Vertiefend zur Kontroverse zwischen Mann und dem BdV: Stickler, Ostdeutsch, S. 105 ff.

<sup>46</sup> DOD, Nr. 25/26, 1964, S. 7.

Ebenso früh wie Mann wagte sich Karl Jaspers mit Ideen an die Öffentlichkeit, die den Verzicht auf die Ostgebiete beinhalteten. Bereits in einer vielbeachteten Vorlesungsreihe im Wintersemester 1945/46 hatte den Philosophen die Frage umgetrieben, in welchem Sinn „sich jeder von uns mitverantwortlich fühlen muß“ an den Verbrechen des Dritten Reiches. Jaspers lehnte zwar das Wort „Kollektivschuld“ ab, sprach aber von der Notwendigkeit tiefgreifender innerer Reinigung und Buße und betonte, daß das deutsche Volk für die Schandtaten der Nationalsozialisten politisch kollektiv hafte<sup>47</sup>. Es war gewiß kein Zufall, daß ausgerechnet Jaspers nun in der Umbruchssituation Anfang der 1960er Jahre zu den Vordenkern einer neuen Deutschlandpolitik zählte und den Verzicht auf eine Wiedervereinigung mit Mitteldeutschland – und damit implizit auch mit den alten ostdeutschen Gebieten – forderte<sup>48</sup>.

Ähnliches galt für den Linkskatholiken Eugen Kogon, einem der Pioniere der „Vergangenheitsbewältigung“ in den ersten Nachkriegsjahren<sup>49</sup>, dessen Mitstreiter Walter Dirks dem national orientierten Westpreußen und Ex-KZ-Häftling Kurt Schumacher (SPD) einmal vorgeworfen hatte, „in Unschuld verstockt“ zu sein<sup>50</sup>. Kogon reihte sich jetzt ebenfalls in die Phalanx intellektueller Kritiker der Ostpolitik ein und nutzte seine publizistischen Möglichkeiten, sei es in den *Frankfurter Heften* oder als Gesprächsleiter im WDR dazu, den von ostdeutscher Seite so sehr propagierten Begriff des Heimatrechtes als „wirklich nicht ungefährlich“ darzustellen<sup>51</sup>. Als ihm der prominente Frankfurter Zoodirektor Bernhard Grzimek, gebürtig aus dem schlesischen Neiße, Recht gab und während einer TV-Sendung am 14. Oktober 1960 („Wiedersehen mit Schlesien“) für Polen positiv ausfallende Reiseeindrücke schilderte, protestierte BdV-Vorsitzender Krüger: „Das Heimatrecht ist ein Grundrecht und kann auch nicht durch Zoologen verwässert werden. [...] Man kann nicht Polen sagen und Schlesien meinen“<sup>52</sup>.

Das Entsetzen in den Vertriebenenverbänden über die Folgen des immer intensiver werdenden Schulddiskurses war umso größer, als dieser keineswegs nur „linke“ Intellektuelle erfaßte, sondern sogar einen, wenngleich sehr unorthodoxen Katholisch-Konservativen wie Paul Wilhelm Wenger. Der Hauptstadt-Korrespondent des *Rheinischen Merkur*, der im März 1961 auf Einladung des Katholischen Bildungswerkes einen Vortrag an der Universität Bonn hielt, sah das Bild der 1000jährigen deutsch-polnischen Geschichte „überschattet von einseitiger deutscher Schuld“. Schon die „Schwertmission“ des Deutschen Ritterordens habe die Christianisierung im baltischen Raum um mindestens 200 Jahre verzögert. Die eigentliche Tragödie aber sei die preußische Polenpolitik gewesen, von der aus Wenger eine „direkte Linie über Weimar zu Hitlers Vernichtungspolitik“ zog<sup>53</sup>.

<sup>47</sup> Jaspers, Die Schuldfrage, S. 56.

<sup>48</sup> Wolfrum, Geschichtspolitik, S. 226–231; vgl. auch Jaspers, Lebensfragen der deutschen Politik.

<sup>49</sup> Sein Buch „Der SS-Staat“ war 1946 erschienen.

<sup>50</sup> Frankfurter Hefte, 3/1950, S. 543.

<sup>51</sup> Eugen Kogon, Diskussion um Heimatrecht, in: Frankfurter Hefte 8/1960, S. 533–544, hier S. 535; DOD, Nr. 22, 1960, S. 3.

<sup>52</sup> Stickler, Ostdeutsch, S. 365; DOD Nr. 43, 1960 S. 6.

<sup>53</sup> DOD, Nr. 11, 1961, S. 10. Wenger, der auch im *Rheinischen Merkur* zum Thema Oder-Neiße-Linie publizierte (vgl. etwa „Die Tragödie von Jalta. Eine Dokumentation zur deutsch-polnischen Frage“, in: Rheinischer Merkur, 21. April 1961) war schon im Vorjahr mit dem BdV aneinandergeraten, weil er ein Erdkundebuch als „absurde Ostwestkunde“ kritisiert hatte, wo von Köln als dem „westdeutschen Gegenstück zu Breslau“ die Rede war. DOD, Nr. 12, 1960, S. 3. Zur schillernden Persönlichkeit Wengers und zu seinen teils abenteuerlichen deutsch- und ostpolitischen Vorstellungen vgl. Meyer, Geschichte der Wochenzeitung *Rheinischer Merkur*, S. 97 ff., 450–469.

## 22 II. Deutsche Schuld und ostdeutsche Sühne

Der selbst Adenauer manchmal zu radikal westorientierte Jurist und publizistische Sonderling Wenger bediente sich damit freilich nur einer Argumentation, die bei den durch die neue Ostpolitik besonders geforderten Geschichts- und Politikwissenschaftlern – über den bereits genannten Golo Mann hinaus – sehr an Zustimmung gewann. Den großen Rahmen hatte Fritz Fischers Studie „Griff nach der Weltmacht“ (1961) zur kaiserlichen Kriegszielpolitik bis 1914 vorgegeben<sup>54</sup>. Danach waren die Deutschen nicht mehr nur am Zweiten Weltkrieg allein schuldig – eine Vorstellung, an die sie sich gerade langsam zu gewöhnen begannen –, sondern jetzt auch noch hauptsächlich am Ersten Weltkrieg, zu dessen Erklärung bislang doch ein Bild allseitiger Verfehlungen und Verstrickungen der imperialistischen Mächte gezeichnet worden war. Die Studie Fischers sollte „wie ein Sprengsatz mit Zeitzünder“ wirken und eine bald in breitere Öffentlichkeitsschichten vordringende „Formverwandlung“ des historisch-politischen Denkens ankündigen, in dessen Folge sich „die Distanzierung von allem Nationalen noch beschleunigt“ hat<sup>55</sup>. Das Buch hätte nie und nimmer so viel Wirkung erzielt, wenn die Antennen der Öffentlichkeit für neue Beiträge zur deutschen Schulddebatte damals nicht so empfänglich gewesen wären. Denn unter den etablierten Fachhistorikern stieß Fischer zunächst auf eine breite Front der Ablehnung. Die Geschichtswissenschaft wurde aber im Zuge dieser Kontroverse zur *public science*, wofür nicht zuletzt der seit der Spiegel-Affäre für manche zur moralischen Instanz gewordene Rudolf Augstein und die vielen Studenten sorgten, die Fischer auf dem Berliner Historikertag 1964 umjubelten<sup>56</sup>.

Nur vor diesem Hintergrund ist auch zu verstehen, daß die Überblicksdarstellung „200 Jahre deutsche Polenpolitik“<sup>57</sup>, die der aufstrebende Historiker Martin Broszat vom Münchner Institut für Zeitgeschichte (IfZ) 1963 veröffentlichte, eine so beachtliche Wirkung entfaltete. Offensichtlich lieferte das Buch dem von immer mehr Intellektuellen und Journalisten politisch als notwendig Erachteten mehr oder weniger gute historische Begründungen. Erschienen war es denn auch in einer Reihe, in der Wissenschaftler und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens „aktuelle Probleme“<sup>58</sup> behandelten. Broszat, der als Schüler Theodor Schieders in den 1950er Jahren noch selbst an dessen großer Vertreibungsdokumentation im Auftrag des Bundes mitgewirkt hatte, war wesentlich wohl auch infolge seiner intensiven Beschäftigung mit den nationalsozialistischen Verbrechen in Polen<sup>59</sup> um 1960 herum zu neuen politischen Einsichten gelangt. Fortan plädierte er dafür, den „Verlust deutscher Stellung im Osten“ zu akzeptieren und den seit 1945 „veränderten Gegebenheiten“ mittels einer neuen Polenpolitik Rechnung zu tragen<sup>60</sup>. Prominente Osteuropa-historiker kritisierten Broszats kleine Studie wegen ihrer „Einseitigkeit“ mit großer Schärfe, monierten, daß er schon bei der Geschichte der polnischen Teilungen Preußen „in stärke-

<sup>54</sup> Vgl. Wolfrum, Geschichtspolitik, S. 231–236; Schöllgen, Griff nach der Weltmacht? 25 Jahre Fischer-Kontroverse; Mombauer, The origins of the First World War; Jarausch, Der nationale Tabubruch.

<sup>55</sup> Wolfrum, Geschichtspolitik, S. 235, 238.

<sup>56</sup> Vgl. Große Kracht, Die zankende Zunft, S. 47–67, v. a. 61 f.

<sup>57</sup> Broszat, 200 Jahre deutsche Polenpolitik.

<sup>58</sup> So hieß es im Umschlagtext.

<sup>59</sup> Nachdem er sich seit Mitte der 1950er Jahre intensiv mit der Geschichte des Zweiten Weltkrieges in Ostmitteleuropa befaßt und dabei vor allem auch Fragen der „Judenpolitik“ in Ungarn, Rumänien oder der Slowakei sowie das Verhalten deutscher Volksgruppen im Osten behandelt hatte, legte Broszat 1961 eine Studie zu Polen vor: Broszat, Nationalsozialistische Polenpolitik.

<sup>60</sup> Broszat, 200 Jahre deutsche Polenpolitik, S. 242, 258.

rem Maße als Initiator“ herausstelle, „als es den Tatsachen entspricht“<sup>61</sup>, daß die Darstellung zudem von der Ansicht ausgehe, die Berliner Polenpolitik seit 1871 sei „eine Vorform der nationalsozialistischen Polenpolitik oder gar noch mehr als das gewesen“<sup>62</sup>, und daß suggeriert werde, die deutsche Minderheit in Polen nach 1918 sei „durch eine entsprechende polnische Minderheit in Deutschland aufgewogen worden“<sup>63</sup>. Aber selbst eine vernichtende Befragung in dem – von Schieder herausgegebenen – Traditionssorgan der Historikerzunft, das Broszats Buch wegen seiner besonderen Bedeutung eine außergewöhnliche, zehnseitige Großrezension widmete, tat der öffentlichen Wirkung der Publikation kaum Abbruch<sup>64</sup>.

Daß mit einem Aufsatz über die Vorgeschichte der „Aussiedlung der Deutschen aus der Tschechoslowakei“ 1960 und einer Miszelle 1962 auch die wissenschaftliche Debatte um das Thema Vertreibung in den vom IfZ herausgegebenen *Vierteljahrsheften für Zeitgeschichte* für mehrere Dekaden so gut wie abbrach<sup>65</sup>, war indes nicht das Ergebnis einer bestimmten – traditionell ausschließlich an inhaltlicher Qualität orientierten – Redaktionspolitik, sondern nur ein Spiegelbild der generellen Forschungstrends im Fach – und eben auch am IfZ. Publikationen vom äußersten rechten Rand, die in den hitziger werdenden ostpolitischen Debatten Vertreibungsverbrechen gegen NS-Verbrechen aufrechneten, verstärkten nur noch die Überzeugung, das Thema für „nationalistisch affiziert“ zu halten, was seinen Teil dazu beitrug, „daß es von der jüngeren Generation der Historiker seit den sechziger Jahren kaum [...] aufgegriffen wurde“<sup>66</sup>. Später kam noch eine weitere, schmerzliche Erkenntnis hinzu: Das lange wichtigste vertriebenengeschichtliche Projekt in der Bundesrepublik hatte man mit Schieder ausgerechnet einem Historiker anvertraut, dessen wissenschaftliche Exzellenz unbestritten war, der sich aber als junger Assistent für diese Aufgabe nicht gerade qualifiziert hatte, indem er in einer Denkschrift über die zu annexierenden polnischen Grenzstreifen am 7. Oktober 1939 schrieb: „Die Herstellung eines geschlossenen deutschen Volksbodens in diesen Gebieten macht Bevölkerungsverschiebungen allergrößten Ausmaßes notwendig“<sup>67</sup>.

Es lag aber nicht an der persönlichen Belastung Schieders, daß der von Anfang an geplante Ergebnisband der Dokumentation nicht mehr erschien und das Großprojekt 1962 mit dem fünften Band ziemlich abrupt endete. Vielmehr wurde der Schlußband auch von dem gewandelten „Verhältnis der bundesdeutschen Gesellschaft [...] zur NS-Zeit in den Schwellenjahren um 1960 eingeholt“. Bestimmte nunmehr „ein rigoroser Dualismus von Nationalsozialismus und Holocaust einerseits und ‚Flucht und Vertreibung‘ andererseits“ die öffentliche wie die wissenschaftliche Debatte, so hatte die von Schieder geleitete Kommission eben diesen Dualismus „im Ansatz wissenschaftlich überwunden“<sup>68</sup>. Sie interpretierte die NS-Umsiedlungs-, Besetzungs- und Vernichtungspolitik als „zusätzliche Faktoren

<sup>61</sup> Horst Jablonowski, in: HZ 198 (1964), S. 397–406, hier S. 399.

<sup>62</sup> Ebd., S. 400.

<sup>63</sup> Ebd., S. 406.

<sup>64</sup> Vgl. etwa die angesichts der damaligen ostpolitischen Positionen der SPD ziemlich bemerkenswerte Würdigung im *Vorwärts*, 11. September 1963, der das Buch schon deshalb so begrüßenswert fand, weil es „anti-polnischen Affekten“ und „Chauvinismus“ seitens der Vertriebenenverbände entgegenwirke und der „Wahrheit“ diene.

<sup>65</sup> Fortan tauchte die Vertreibung in den *Vierteljahrheften* allenfalls noch „als Folgeproblem“ auf. Herbert Ammon, Stiefkind der Zunft, sowie ders., Die Vertreibung der Deutschen.

<sup>66</sup> Faulenbach, Die Vertreibung der Deutschen, S. 53.

<sup>67</sup> Aly, Endlösung, S. 16.

<sup>68</sup> Beer, Die Dokumentation, S. 24.

mit katalytischer Wirkung“, stellte sie aber in den Kontext einer langen Kette von Zwangsumsiedlungen in der europäischen Geschichte, für welche die seit dem 19. Jahrhundert vom Nationalismus genährte Idee des ethnisch reinen Nationalstaates „eine wesentliche Triebfeder bildete“<sup>69</sup>. Vor dem Hintergrund einer veränderten Erinnerungskultur war den schwarzen, mit einem weißen Umschlag versehenen Bänden, die in Auflagen zwischen 8 000 und 10 000 Exemplaren gedruckt worden waren, kein Verkaufserfolg beschieden. Die Hälfte davon ging kostenlos an wissenschaftliche und öffentliche Einrichtungen im In- und Ausland. Jahre später resümierte das zuständige Bonner Ministerium: „Es hat sich gezeigt, daß die ‚Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ostmitteleuropa‘ [...] weitgehend unbekannt ist bzw. geblieben ist“<sup>70</sup>.

Außerhalb der wissenschaftlichen Literatur sah die Lage in den 1960er Jahren noch anders aus. Das „Ostpreußische Tagebuch“ von Hans Graf von Lehndorff<sup>71</sup>, zunächst erschienen als nicht besonders beachteter Beitrag in Schieders Vertreibungsdocumentation, wurde 1961/62 als eigenständiges Taschenbuch auf den Markt gebracht, führte zeitweilig die Bestseller-Liste des Deutschen Buchhandels an und erreichte noch im ersten Jahr die zehnte Auflage mit an die 200 000 Exemplaren<sup>72</sup>. Eine Reihe weiterer monographischer Vertreibungsberichte, durchweg in preiswertem Taschenbuchformat, folgte im Sog des Erfolgsbuches, bis das Vertreibungsgedenkjahr 1965 Anlaß zu neuen, populär gehaltenen – qualitativ unterschiedlichen – Veröffentlichungen gab. Genannt seien nur Ernst Edgar Jahns „Pommersche Passion“<sup>73</sup> oder Rolf O. Beckers „Niederschlesien 1945. Die Flucht – Die Besetzung“<sup>74</sup>. Wer in jenen Jahren die Frankfurter Buchmesse besuchte, konnte zudem Publikationen zu völkerrechtlichen oder wirtschaftlichen Aspekten der deutschen Ostgebiete finden, aber auch „die Stimme der Dichter und Schriftsteller des deutschen Ostens“<sup>75</sup> vernehmen: Werner Bergengruen, Edzart Schaper oder Siegfried Lenz. Und der Westpreuße Günter Grass, dem mit seiner „Blechtrommel“ 1959 ein sensationelles Debüt gelungen war, ließ diesem Roman die Erzählung „Katz und Maus“ (1961) und den Roman „Hundejahre“ (1963) folgen, die er später als „Danziger Trilogie“ zusammenfaßte<sup>76</sup>. Er habe versucht, so Grass später, „mit literarischen Mitteln eine verlorene Welt, nämlich Danzig und die Weichselniederung, in eine neue Form zu übersetzen und ihr dadurch, so hoffe ich, einige Dauer zu leihen.“<sup>77</sup> Daß es oft nicht die bekannten „ostdeutschen“ Verlage waren, sondern westdeutsche, die mit ostdeutschen Autoren und Themen Erfolge hatten, war auffällig, aber nicht unbedingt ein schlechtes Zeichen. So verließ selbst BdV-Kulturexperte Georg Hermanowski, wenngleich kein Freund von Günter Grass, die Frankfurter Messe 1963 mit dem günstigen Eindruck, „daß auch heute, fast zwei Jahrzehnte nach der Vertreibung, der deutsche Osten in der Literatur lebt“<sup>78</sup>.

<sup>69</sup> Ebd., S. 23.

<sup>70</sup> So verlautete 1975 aus dem Bundesinnenministerium. Ebd., S. 25.

<sup>71</sup> Lehndorff, Ostpreußisches Tagebuch (1961).

<sup>72</sup> Die Auflage liegt heute bei über 270 000 Exemplaren.

<sup>73</sup> Jahn, Pommersche Passion.

<sup>74</sup> Becker, Niederschlesien. Vgl. auch die Beilage zum DOD, Nr. 51/52, 1965 (DOD-Kulturdienst, S. 22).

<sup>75</sup> So Georg Hermanowski im DOD, Nr. 40/41, 1963, S. 6.

<sup>76</sup> Rautenberg, Die Vertreibung, S. 276.

<sup>77</sup> Manuskript der Sendung „Der ostdeutsche Kulturrat – sein Werden und Wirken“ vom 14. November 1970, 13.40–13.55 Uhr im I. Programm des WDR („Alte und neue Heimat“). BAK B 106/27211.

<sup>78</sup> DOD, Nr. 40/41, 1963, S. 6.

Den Wandel der kollektiven Erinnerung an die Vertreibung aus dem Osten konnten all diese Bücher aber nicht hindern. Er vollzog sich unaufhaltsam, zunächst vor allem auf den weiten Feldern des gesellschaftlich damals noch recht einflußreichen Protestantismus. Zwar hatten die evangelischen Kirchen mit der Teilung 1945 – rein quantitativ gesehen – die dominierende Stellung eingebüßt, die sie seit der Bismarckschen Reichsgründung eingenommen hatten. Doch in der – mit Ernst Troeltsch zu reden – nach allen Seiten offenen Halle des Protestantismus fingen sich die Winde des Zeitgeists nach wie vor viel stärker als im Katholizismus. Und jetzt, nach dem Schock des Berliner Mauerbaus 1961, gab es dafür sogar einen besonders guten Grund: Denn vom Schwinden auch der letzten Hoffnungen auf eine baldige Überwindung der deutschen Teilung waren die evangelischen Christen besonders betroffen. In Mitteldeutschland lagen die Kernlande der Reformation, und die Wiedervereinigung mit den Glaubensbrüdern und -schwestern in der DDR war über die kirchenpolitischen Flügel hinweg eineinhalb Jahrzehnte lang mit heißem Herzen erstrebt worden. Wie um die maßlos enttäuschten nationalen Sehnsüchte innerlich zu verarbeiten und den unabwendbar gewordenen Status quo der deutschen Teilung ethisch zu legitimieren, rekurrerten die Kirchenleitungen nunmehr verstärkt auf den gesamtgesellschaftlich ohnehin immer wichtiger werdenden Topos der deutschen Schuld, statt weiterhin von der „sittliche(n) Notwendigkeit“ der Wiedervereinigung zu sprechen<sup>79</sup> und – wie noch die EKD-Synode anlässlich des Eichmann-Prozesses 1961 – zu betonen: „Keine Schuld ist so groß, daß sie ausgenommen wäre von der Vergebung Gottes“<sup>80</sup>.

Bereits das Tübinger Memorandum angesehener evangelischer Persönlichkeiten mit seinem Plädoyer für die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie<sup>81</sup> wirkte im Februar 1962 wie ein erstes Wetterleuchten der stürmischen ostpolitischen Debatten. Einige Jahre später, im Oktober 1965, wurden in der von der Kammer für öffentliche Verantwortung ausgearbeiteten und vom Rat der EKD veröffentlichten Denkschrift über „Die Lage der Vertriebenen und das Verhältnis des deutschen Volkes zu seinen östlichen Nachbarn“ die „den Deutschen angetanen Unrechtstaten“ erstmals quasi kirchenamtlich begründet mit der „schwere[n] politische[n] und moralische[n] Schuld“, die das deutsche Volk gegenüber seinen Nachbarn auf sich geladen hatte (die Vertreibung sei ein „Gericht Gottes“) und daraus der Verzicht auf die seit 1945 polnisch bzw. russisch verwalteten Ostgebiete (als „Wiedergutmachung für begangenes Unrecht“) abgeleitet<sup>82</sup>. Für die deutsch-polnische Versöhnung erwies sich die Denkschrift langfristig als Meilenstein.

<sup>79</sup> So z. B. die Generalsynode der EKD im Mai 1955. Siehe Heidtmann, Hat die Kirche geschwiegen?, S. 214.

<sup>80</sup> Heidtmann, Hat die Kirche geschwiegen?, S. 340. Zu dieser Entwicklung trug auch die Gründung einer evangelischen Arbeitsgemeinschaft „Juden und Christen“ auf dem Kirchentag in Berlin 1961 bei, die sich um die überfällige Neubestimmung des Verhältnisses zwischen beiden Religionen bemühte und damit die Matrix des deutschen Protestantismus nachhaltig veränderte. Nowak, Vergangenheit und Schuld, S. 123. Vgl. auch Hanke, Die Deutschlandpolitik der evangelischen Kirche, v. a. S. 176 ff., sowie Bayer, Die deutsche Frage auf den EKD-Synoden.

<sup>81</sup> Zum Tübinger Memorandum vgl. Greschat, „Mehr Wahrheit in der Politik!“.

<sup>82</sup> Die Lage der Vertriebenen und das Verhältnis des deutschen Volkes zu seinen östlichen Nachbarn. Eine evangelische Denkschrift, S. 7 (Zitat), S. 42 ff. Zur Entstehung der Denkschrift und ihrer Diskussion siehe v. a. das zweite und dritte Kapitel in Rudolph, Evangelische Kirche und Vertriebene. Nach Ansicht des renommierten Osteuropahistorikers Gotthold Rhode hatten die Autoren der Denkschrift unter dem Vorsitz des Tübinger Professors Ludwig Raiser nicht hinreichend bedacht, weshalb „gerade die Vertreibung Gottes Gericht“ sei, das man hinzunehmen habe, „die Teilung Deutschlands und die Mauer in

## 26 II. Deutsche Schuld und ostdeutsche Sühne

Leider beließ es die Kammer für öffentliche Verantwortung, der kein einziger Vertriebener angehörte<sup>83</sup>, nicht bei im weitesten Sinne ethischen Erwägungen. Sie begab sich vielmehr weit hinaus auf das Feld der Historie und erweckte den Anschein, das nationalsozialistische Lebensraumideologem unseligen Angedenkens gleichsam in sein Gegenteil verkehren zu wollen. Obwohl die Volksrepublik Polen nicht einmal halb so dicht besiedelt war wie die Bundesrepublik, sprach die Denkschrift mit Blick auf die polnischen Gebietsverluste im Osten 1945, die größer gewesen seien als die Gewinne im Westen, von einer Verpflichtung der Deutschen, dem polnischen Volk „den Raum zu lassen, den es zu seiner Entfaltung bedarf“<sup>84</sup>. Polen habe 46,3% seines früheren Staatsgebiets an die Sowjetunion verloren, Deutschland mit seinen Ostgebieten nur 24,23% der alten Fläche (in den Grenzen von 1937)<sup>85</sup>. Außer Betracht blieb dabei das geschichtliche Faktum, daß Polen sich die – mehrheitlich von Ukrainern und Weißrussen bewohnten – „Ostgebiete“ am Ende des Ersten Weltkriegs gewaltsam einverleibt und – auch wegen seiner repressiven Minderheitenpolitik zwischen 1919 und 1939 – einen keineswegs unumstrittenen Anspruch auf weite Teile davon hatte. Zudem waren aus den deutschen Ostgebieten vier oder fünf mal mehr Menschen vertrieben worden als aus den polnischen. Und wie wollte man – mit Wenzel Jaksch zu reden – überhaupt „glaublich machen, daß die dünnbesiedelten Prypëtsümpfe gegen das blühende Schlesien eingetauscht werden mußten“<sup>86</sup>?

Auch wenn Jaksch mit dieser Formulierung dem polnischen Verlust Lembergs oder Wilnas nicht gerecht wurde<sup>87</sup>, erweist sich die territoriale Kompensationstheorie zumindest teilweise als Mythos. Mag die Geschichte von den drei Streichhölzern, mit denen Churchill auf der Teheraner Konferenz die Westverschiebung Polens demonstrierte, noch so eindringlich sein: Als reine Kompensation hätten Ostpreußen und/oder Oberschlesien vollauf genügt, und die polnische Exilregierung in London wollte ja auch gar nicht darüber hinausgehen, weil sie mit Schärfe sah, welch unendliche Belastung des deutsch-polnischen

Berlin aber nicht“, doch war eben damit die spätere Entwicklung der EKD-Position zur Wiedervereinigung bereits angedeutet. Die von Rhode gestellte Frage, wo eigentlich die göttliche Strafe bleibe „für die Macht, die den Überfall [auf Polen 1939, M.K.] durch den Pakt vom 23. August erst ermöglichte und dann am 17. September 1939 Polen [...] überfiel und überhaupt im Bündnis mit dem Nationalsozialismus eine Politik betrieb, die in nichts moralischer war als die ihres Partners“ (Rhode, Brief an Bischof Lilje, S. 27 f.), hielt man in den Kirchenleitungen des deutschen Protestantismus seit Mitte der 1960er Jahre immer weniger für bedenkenswert.

<sup>83</sup> Schwarz, Die evangelischen Vertriebenen, S. 244.

<sup>84</sup> Die Lage der Vertriebenen, S. 29. Vorher wurde der Breslauer Bischof Boleslav Kommenek mit den Worten zitiert, für die in den ehemaligen deutschen Ostgebieten lebenden Polen sei „anderswo ein entsprechender Lebensraum nicht gegeben.“ Ebd., S. 20.

<sup>85</sup> Die Lage der Vertriebenen, S. 21.

<sup>86</sup> DOD, Nr. 7, 1965, S. 10. Vgl. auch die kritischen Stimmen von Rehs im *Vorwärts*, 1. Dezember 1965, oder Philipp von Bismarcks in der *ZEIT*, 12. November 1965, der vor allem auch den „für uns heute peinlich wirkenden nationalsozialistischen Begriff des ‚Lebensraumes‘“ in der EKD-Denkschrift kritisierte. Sie rufe den unzutreffenden Eindruck hervor, „als hätten wirtschaftliche oder bevölkerungspolitische Gründe die sogenannte ‚Westverschiebung‘ Polens notwendig gemacht“. Auch im Außenpolitischen Arbeitskreis der SPD-Fraktion kritisierten einige Abgeordnete, daß die Denkschrift „Mängel in der historischen Darstellung“ zeige. Die SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag. Sitzungsprotokolle 1961–1966. Zweiter Halbband, S. 869.

<sup>87</sup> Wilna und v.a. Lemberg, das „kleine Wien“, waren zentrale Stätten polnischer Kultur und besaßen etwa nach Einschätzung Philipp Thers „für Polen eine noch größere Bedeutung als Breslau und Königsberg für Deutschland“. Ther, Deutsche und polnische Vertriebene, S. 105.

Verhältnisses – zu Gunsten des lachenden Dritten in Moskau – aus einer Oder-Neiße-Grenze resultieren würde. Ministerpräsident Stanisław Mikolajczyk brachte noch im Herbst 1944 schwere Bedenken gegen eine Annexion Breslaus und Stettins vor, da diese Städte „fast völlig deutsch“ seien<sup>88</sup>. Obendrein gewann das schiefe territoriale Kompensationsargument für die Vertreibung der Sudetendeutschen und anderer deutscher Volksgruppen aus dem Südosten Europas ohnehin keine Erklärungskraft. Ob es auch Eingang in die EKD-Denkschrift gefunden hätte, wenn der langjährige Vertriebenenbeauftragte der EKD, Bischof Reinhard Wester, mehr als nur partiell an der Ausarbeitung des Papiers beteiligt worden wäre, darf bezweifelt werden<sup>89</sup>.

Für die Vertriebenendenkschrift der EKD gab es auf katholischer Seite kein Pendant. Eine – ebenfalls ohne Mitwirkung Vertriebener ausgearbeitete – Erklärung des linkskatholischen Bensberger Kreises im Sinne des EKD-Memorandums artikulierte 1968 nur die Meinung einer Minderheit<sup>90</sup>. Dagegen hatten die deutschen Bischöfe in der Antwort auf ein mutiges Einladungsschreiben ihrer polnischen Amtsbrüder zu den Millenniumsfeiern der Christianisierung Polens 1966 (Wir „gewähren Vergebung und bitten um Vergebung“<sup>91</sup>) „in Liebe und Wahrhaftigkeit“ deutlich gemacht, daß die vertriebenen Deutschen, von einigen Ausnahmen abgesehen, „keine aggressive Absicht“ verfolgten, wenn sie vom „Recht auf die Heimat“ sprächen: „Unsere Schlesier, Pommern und Ostpreußen wollen damit sagen, daß sie Rechtes in ihrer alten Heimat gewohnt haben und daß sie dieser Heimat verbunden bleiben“. Dabei sei ihnen aber bewußt, daß dort jetzt eine neue Generation heranwachse, die das ihren Vätern zugewiesene Land „ebenfalls als ihre Heimat“ betrachte<sup>92</sup>. Nachdem die Erklärung der deutschen Bischöfe mithin zwar auf Versöhnung, nicht aber ausdrücklich auf Verzicht gestimmt war, konnte es kaum verwundern, wenn ihnen die Einreisevisa für die Millenniumsfeiern von einem polnischen Staat verweigert wurden, der damals auch seine eigenen Bischöfe wegen der Verzeihungsadresse an die Deutschen massiv unter Druck setzte<sup>93</sup>.

Während die katholische Kirche auf die ostpolitischen Entwicklungen eher behutsam reagierte und der Vatikan die Neuzirkumskription der ostdeutschen Diözesen erst nach Abschluß des Moskauer und Warschauer Vertrags 1972 vornehmen sollte<sup>94</sup>, erwies sich die EKD-Denkschrift von 1965 trotz ihrer inhaltlichen Mängel als ausgesprochen wirkungsmächtig. Es werde, so kommentierte der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft der ostdeutschen Landesvertretungen, Philipp von Bismarck, in einer WDR-Sendung empört, der Eindruck erweckt, als müsse man den deutschen Vertriebenen erst „beibringen, daß es keine

<sup>88</sup> Brandes, Der Weg zur Vertreibung, S. 359.

<sup>89</sup> Die Bedenken gegen die Denkschrift veranlaßten den Bischof endgültig, seine schon länger bestehenden Überlegungen zum Rücktritt in die Tat umzusetzen. Vgl. Neubach, Die Rolle der beiden christlichen Kirchen, S. 211, sowie Rudolph, Evangelische Kirche, Bd. II, S. 177 ff.

<sup>90</sup> Vgl. Lorenz, Die katholischen Vertriebenen, S. 260; Czaja, Unterwegs, S. 449–453. Für die Vorgeschichte unverzichtbar: Bendel, Aufbruch aus dem Glauben.

<sup>91</sup> So hieß es in der Botschaft der polnischen Bischöfe an die deutschen Bischöfe, Rom, 18. November 1965, in: Jacobsen/Tomala, Bonn – Warschau, S. 142.

<sup>92</sup> Die Antwort der deutschen Bischöfe an die polnischen Bischöfe, Rom, 5. Dezember 1965, in: Jacobsen/Tomala, Bonn – Warschau, S. 144.

<sup>93</sup> Czaja, Unterwegs, S. 443. Veruefend zum Briefwechsel der polnischen und deutschen Bischöfe, Heller. Macht Kirche Politik.

<sup>94</sup> Vgl. vor allem Hummel, Vatikanische Ostpolitik, sowie Stehle, Die Ostpolitik des Vatikan.

neue Vertreibung geben dürfe“<sup>95</sup>. Jedenfalls hatten mit der EKD-Denkschrift erstmals die Verantwortlichen einer großen gesellschaftlichen Gruppe von anerkannter Autorität ausgesprochen, was bis dahin noch „fast an Landesverrat grenzte“<sup>96</sup>, auch wenn mehr und mehr Intellektuelle und Journalisten so argumentierten. Daß die Forderung nach Grenz-anerkennung – sowohl moralisch im Blick auf die Gewaltpolitik des Dritten Reiches wie auch außenpolitisch-pragmatisch begründbar – sich obendrein pseudohistorischer Argumente bediente, wurde vielleicht durch Überreaktionen im BdV selbst begünstigt. Dort verloren angesichts der Enttäuschung über die wachsenden Verzichtstendenzen manche das Maß und steckten sogar differenziertere Geister wie Golo Mann umstandslos in die Schublade der vaterlandslosen Gesellen<sup>97</sup>. Und so machten sich die Vertriebenen Zeitgenossen zu Feinden, die mit der Anerkennung der Oder-Neiße-Linie keinesfalls auch eine Vertreibung des alten deutschen Ostens aus dem kollektiven Gedächtnis der Nation be zweckten. Den Nutzen davon sollten schreckliche Vereinfacher in Politik und Gesellschaft davontragen, die den territorialen Verzicht offensichtlich als Verzicht auch auf ostdeutsche Erinnerungskultur, ja teils sogar auf Empathie mit den Opfern der Vertreibung fehlinterpretierten.

Wenn die Berliner „Stachelschweine“ schon Anfang der 1960er Jahre Hohn und Spott über die Vertriebenensprecher ausgossen und sie – als ob es die Stuttgarter Charta nicht gäbe – als fanatische Ostlandreiter darstellten, so mochte dies der Narrenfreiheit des Mediums Kabarett geschuldet sein<sup>98</sup>. Aber galt dies auch noch für die NDR-Fernsehsendung „Hallo Nachbarn“ am 11. November 1965, die sogar Vertreibungsmethoden und die Art der Flucht kabarettistisch verzerrte und wie folgt ins Lächerliche zog? „Beispielsweise müssen die Anstandsregeln der Vertreibung offenbar sehr leger gehandhabt worden sein. Der Herr läßt die Dame entweder rechts oder links von sich gehen. Nur daß man ehepaarweise vertreiben läßt, scheint selbstverständlich zu sein“<sup>99</sup>. Auch andere Kabarets wie die „Münchner Lach- und Schießgesellschaft“ oder das Düsseldorfer „Kom(m)ödchen“ meinten es „mit dem Angriff auf die Vertriebenenverbände sehr ernst“<sup>100</sup>. Sie zeichneten sie als Inbegriff derer, „die aus der Vergangenheit keine Lehren gezogen haben“ und nannten sie „mit den unverbesserlichen Nationalsozialisten in einem Atemzug“<sup>101</sup>. Als plastischer

<sup>95</sup> BAK B 150/3344: WDR Hauptabteilung Politik, Manuskript für die Sendung „Alte und neue Heimat“ vom 23. 10. 1965, 13.45 Uhr, S. 5.

<sup>96</sup> Bender, Neue Ostpolitik, S. 121.

<sup>97</sup> Vgl. DOD, Nr. 8, 1964, S. 7. So wurde gegen den Stuttgarter Politikprofessor beim Kultusministerium in Stuttgart ein dienstaufsichtliches Verfahren angestrengt; doch zog sich Mann schließlich 1964 freiwillig von seinem Lehrstuhl zurück. Vgl. auch Stickler, Ostdeutsch, S. 107.

<sup>98</sup> Vgl. hierzu das 27. Programm der Stachelschweine (1959/60): Schaffner, Das Kabarett, S. 199, 336; DOD, Nr. 36, 1960, S. 3.

<sup>99</sup> Zit. nach: Textauszug aus der am 11. November 1965 in der ARD ausgestrahlten Sendung, in: BAK B 150, Fiche 3339, Bl. 255–257. Zum Protest der Landsmannschaft Oberschlesien und dem Kommentar der *Welt am Sonntag* „Treibjagd gegen die Vertriebenen“ vgl. DOD Nr. 49/50, 1965, S. 11, Nr. 48, 1965, S. 6; einen anderen Akzent setzte dagegen Klaus Heinrich Meyer in der *Süddeutschen Zeitung*, 15. November 1965 („Hallo Nachbarn!“).

<sup>100</sup> Schaffner, Das Kabarett, S. 200. Im 12. Programm der „Münchner Lach- und Schießgesellschaft“ 1965 („Schuld abladen verboten“) hieß es etwa: „Wir haben uns seit 1937 auch Verschiedenes genommen, was uns nicht gehört. Daraus ist nicht unbedingt das Recht auf das abzuleiten, was uns heute auch nicht gehört!“. Ebd., S. 201, vgl. auch S. 202, 337.

<sup>101</sup> Schaffner, Das Kabarett, S. 199.

Beleg für die politische Verbissenheit des Kabaretts bei diesem Thema sei nur noch der „überdeutliche, pointenlose“ – für die „Stachelschweine“ ganz ungewöhnliche – Schluß in ihrem 27. Programm vom Winter 1959/60 erwähnt: „Erlauben Sie mal – um das Erbe unserer Väter, das uns gestohlen wurde, werden wir kämpfen! [...] Wie dumm. Nicht die anderen, – sondern wir selbst haben uns [...] um das Erbe unserer Väter gebracht.“<sup>102</sup> Wenn sich die Kabarettisten seit den 1960er Jahren zunehmend auf die ihres Erachtens „immer verlogenere Politik der Vertriebenenverbände“ einschossen, um – wie es hieß – die Stimmung einzufangen, die „durch die Öffentlichkeit geht“<sup>103</sup>, so war das eine Sache. Eine andere war es, zwischen den Verbandsfunktionären, die sich als Personen der Zeitgeschichte Kritik natürlich gefallen lassen mußten, und den einfachen Opfern der Vertreibung oft nicht hinreichend zu differenzieren.

Auf einen ähnlichen Mangel an Empathie stieß man bei jungem akademischen Publikum während eines universitären Streitgespräch über alte und neue Ostpolitik mit dem überzeugten NS-Gegner Wenzel Jaksch. Das studentische Mißfallen über dessen Ansichten äußerte sich teilweise in blankem Zynismus. Als Jaksch sagte, daß ihm das Leid der Vertriebenen „ans Herz greife“, daß „schon Schumacher, der im KZ [...]“ – wurde er durch höhnisches Gelächter kurzerhand am Weiterreden gehindert<sup>104</sup>. Das Denken, das aus einem derartigen Verhalten sprach, verschaffte sich manchmal auch in handgreiflicher Form Ausdruck. 1967 wurde etwa ein erst im Vorjahr eingeweihter Deutschland-Gedenkstein im Göttinger Wald geschändet, wobei unbekannte Täter aus dem – auf Initiative von Vertriebenen aufgestellten – Denkmal mit einer Landkarte Gesamtdeutschlands die Ostgebiete herausmeißelten und mit roter Farbe besudelten. Ein anderes Mal rissen Studenten der TH Aachen vor einer Veranstaltung des BdV in der Aula die dort als Saalschmuck angebrachten Wappen der deutschen Ostgebiete wieder herunter<sup>105</sup>. Der Höhepunkt dieser Entwicklung war wohl im Sommer 1970 erreicht, als der Süddeutsche Rundfunk im Rahmen der Sendung „Heiße Sachen – Zeitgenuß für Zeitgenossen“ einen Kabarettbeitrag zum Thema: „Heterologe Insemination oder die Endlösung des Vertriebenenproblems“ ausstrahlte. Danach sollte Ostdeutschland durch Zeugung möglichst vieler „reinrassiger“ Vertriebener neu besiedelt werden, indem „reinrassigen“ Frauen „reinrassiger Samen“ namentlich genannter BdV-Politiker inkorporiert würde: „Das reicht bis zum Jahr 2000, und wenn es not tut, zum Ural“<sup>106</sup>. Die Sendung, so kommentierte *Der Schlesier* bitter, sei nach dem Motto verlaufen: „[...] Die Vertriebenen sind die Wanzen unserer Gesellschaft, darum müssen sie zwischen den Fingern zerdrückt werden“<sup>107</sup>. Der Vorfall, für den sich der

<sup>102</sup> Tschechne, Das Stachelschweinbuch, S. 115B. Zu den „Stachelschweinen“, die nach einem Beitrag über die Berliner Mauer 1964 vom ARD-Programmbeirat als „zersetzend“ gerügt wurden, vgl. auch Hodenberg, Konsens und Krise, S. 351.

<sup>103</sup> Pelzer, Kritik durch Spott, S. 133, 145. Ein besonders dankbares Objekt für das Kabarett war SL-Sprecher Seeböhm. Vgl. hierzu das Stück „Heim ins Reich. Vorzutragen vor einem Seeböhm-Bild“, in: Kühn, Wir sind so frei, S. 237 ff.

<sup>104</sup> DOD, Nr. 25/26, 1964, S. 7.

<sup>105</sup> DOD, Nr. 25, 1967, S. 10; Nr. 3, 1971, S. 5.

<sup>106</sup> Vgl. *Der Schlesier*, 16. Juli 1970; DOD, Nr. 21/22, 1970, S. 16 (Zitat), sowie Nr. 26, 1970, S. 7.

<sup>107</sup> *Der Schlesier*, 16. Juli 1970 (Rundfunk- und Fernsehspiegel): Wenn es „einen Preis der internationalen Pornographie für Schweinerei im Programm des Rundfunks gäbe, die [...] Sendung [...] des Süddeutschen Rundfunks müßte schleinigst dafür vorgeschlagen werden. Diese Geschmacklosigkeit ist nicht nur im übertragenen Sinn eine Schweinerei, sie ist es auch vollinhaltlich.“

## 30 II. Deutsche Schuld und ostdeutsche Sühne

SDR-Intendant entschuldigen mußte, illustrierte überdeutlich, wie wenig die Vertriebenen von wachsenden Teilen der Gesellschaft eigentlich als Opfer wahrgenommen wurden<sup>108</sup>. Ähnlich krasse kabarettistische Stücke zu Lasten anderer Opfergruppen des Zweiten Weltkriegs wären schwer vorstellbar gewesen.

<sup>108</sup> Goschler, „Versöhnung“ und „Viktimalisierung“, S. 878, hat in diesem Zusammenhang mit Bezug auf Elazar Barkan zutreffend von „unerwünschten Opfern“ gesprochen.